

Von: Referat-2@ldi.nrw.de

An: [REDACTED]

Datum: 06.02.20 14:28

Sehr geehrter Herr Borggraefe,

ich bedanke mich für Ihre o.g. E-Mails und bitte nochmals um Nachsicht, dass sich die Bearbeitung aufgrund der vielen Anfragen, Eingaben und sonstigen Aufgaben sowie mehrerer personeller Wechsel und Vakanzen innerhalb des Referats wesentlich länger als zunächst vorhersehbar verzögert hat. Für Ihr Verständnis danke ich Ihnen.

Hierin bitten Sie um eine Stellungnahme zur Steuerung des Zutritts zu den Schultoiletten und dem Selbstlernzentrum einer Wittener Schule mit Hilfe sog. RFID-Chips in den Schülerausweisen. Dieser Bitte komme ich gerne nach.

Mit Schreiben vom heutigen Tag habe ich den Schulleiter insbesondere auf Folgendes hingewiesen:

„In Ihrem ausführlichen Schreiben, dem auch eine Stellungnahme des zuständigen behördlichen Datenschutzbeauftragten für die öffentlichen Schulen des Ennepe-Ruhr-Kreises beigelegt ist, setzen Sie sich detailliert mit den von den Petentinnen und Petenten geäußerten Kritikpunkten in Bezug auf die Steuerung des Zutritts zu den Schultoiletten und dem Selbstlernzentrum Ihrer Schule mit Hilfe sog. RFID-Chips in den Schülerausweisen auseinander. Auf diesen RFID-Chips ist die sog. UID, eine verschlüsselte Zahlenkombination, die konkret einer Schülerin bzw. einem Schüler zugeordnet werden kann, gespeichert. Ebenso wie der schulische Datenschutzbeauftragte kommen Sie zu dem Ergebnis, dass die hierbei auf der Grundlage von Einwilligungserklärungen stattfindende Datenverarbeitung datenschutzrechtlich nicht zu beanstanden ist.

Diese Einschätzung wird von mir nicht geteilt. Zwar kann ich die besonderen Herausforderungen, die die Beaufsichtigung einer derart großen Zahl von Schülerinnen und Schülern auch außerhalb der eigentlichen Unterrichtszeiten mit sich bringt, sowie Ihre Motivation nachvollziehen. Gleichwohl fehlt es an der gem. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) für die hierbei unstreitig stattfindende Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlichen Rechtsgrundlage.

Nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) ist eine Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen rechtmäßig, wenn eine Einwilligung vorliegt oder eine Rechtsgrundlage im nationalen Recht nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. c oder e DS-GVO in Verbindung mit Art. 6 Abs. 3 DS-GVO die Verarbeitung erlaubt.

Die Verarbeitung der Daten von Schülerinnen, Schülern und Eltern ist, soweit sie im Zusammenhang mit der Erledigung innerer Schulangelegenheiten steht, insbesondere in § 120 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen (SchulG) bereichsspezifisch geregelt. Diese Regelungen werden im Übrigen durch die Verordnung über die zur Verarbeitung zugelassenen Daten von Schülerinnen, Schülern und Eltern (VO-DV I) konkretisiert.

Laut dem an die Schülerinnen und Schüler sowie Eltern Ihrer Schule gerichteten Informationsschreiben aus Juni 2018 dient die verschlüsselte Zahlenkombination (UID) im RFID-Chip des Schülerausweises bei dem im Fall von Vandalismus vorgesehenen Auslesen der Schließanlage der Zuordnung zu einer bestimmten Schülerin bzw. einem bestimmten Schüler. Wie Sie zu Beginn Ihrer Stellungnahme vom 24.09.2018 (Seite

1) als Grund für die Einführung dieser Zutrittssteuerung ausführen, sollen „Schülerinnen und Schüler natürlich auch bei der Benutzung der Toiletten das Gefühl haben müssen, in einer gewissen Art und Weise beaufsichtigt zu werden, damit sie mit den Toiletten in angemessener Weise umgehen und sich keine Fälle von Sachbeschädigung, Verschmutzungen usw. ereignen“. Auch wenn Sie in der weiteren Stellungnahme (Seiten 5 und 6) als Zweck des möglichen Auslesens der erhobenen Daten nicht in erster Linie die Sanktionierung, sondern die Vermittlung von Werthaltung sowie die Verantwortungsübernahme für das Gemeinwohl und dementsprechend die „Ermittlung von Zeugen, die zur Aufklärung eines Sachverhalts befragt werden können“ benennen, wird deutlich, dass eigentlicher Zweck eine zumindest mittelbare Kontrolle des Verhaltens der Schülerinnen und Schüler in den von der Zutrittssteuerung betroffenen Bereichen ist.

Bei der Überwachung des ordnungsgemäßen Verhaltens der Schülerinnen und Schüler während des Schulbetriebs handelt es sich um eine innere Schulangelegenheit. In § 120 SchulG findet sich jedoch keine spezifische Befugnis, die den Schulen den Einsatz von personenbezogenen Datenverarbeitungssystemen zur Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere zur Kontrolle des ordnungsgemäßen Verhaltens der Schülerinnen und Schüler während des Schulbetriebs (hier: im Zusammenhang mit der Benutzung der Toilettenanlagen und des Selbstlernzentrums), erlauben würde. In dieser Zeit üben vielmehr Schulleitung und Lehrkräfte selbst und unmittelbar die Aufsichtspflicht aus. Auf die allgemeinen Grundregelungen des § 120 Abs. 1 Satz 1 SchulG kann ein solch weitgehender Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen – wie die automatisierte Erfassung und Speicherung des Besuchs der Toilettenanlagen und des Selbstlernzentrums und die Nutzung dieser Daten zur Verhaltenskontrolle – nicht gestützt werden.

Mangels entsprechender gesetzlicher Regelungen kommt – wie Sie selbst festgestellt haben – als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der auf dem RFID-Chip gespeicherten Daten vorliegend nur eine Einwilligung in Betracht. Damit eine Einwilligung wirksam ist, müssen jedoch bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein (vgl. Art. 4 Nr. 11, 7 DS-GVO, § 120 Abs. 2 Satz 3 SchulG), die ich im vorliegenden Fall insbesondere aus den folgenden Gründen nicht als gegeben ansehe:

1. Wie sich aus EG 42 DS-GVO ergibt, ist eine Einwilligungserklärung nur wirksam, wenn die einwilligende Person in geeigneter Weise über die Bedeutung der Einwilligung informiert wurde. Die Stelle muss die betroffene Person insbesondere über den Verwendungszweck, für den die Daten verarbeitet werden, informieren.

Insoweit fällt insbesondere auf, dass in dem an die Schülerinnen und Schüler sowie Eltern Ihrer Schule gerichteten Informationsschreiben aus Juni 2018 mit Formular für die Einwilligungserklärung die Tatsache, dass mit Hilfe des RFID-lesbaren Schülerschweises auch der Zugang der Schülerinnen und Schüler der Oberstufe zum Selbstlernzentrum geregelt werden soll, zwar erwähnt, aber insoweit der Zweck der hierbei erfolgenden Datenverarbeitung nicht näher erläutert wird. Im weiteren Schreiben wird nur auf das dauerhafte Problem verschmutzter oder zerstörter Toiletten an Ihrer Schule eingegangen, das mit Hilfe des möglichen Auslesens der auf dem RFID-Chip des Schülerschweises gespeicherten und jeder Schülerin bzw. jedem Schüler konkret zuzuordnenden UID gelöst werden soll. Welchem Zweck diese Möglichkeit des Auslesens im Fall des Selbstlernzentrums dient und inwieweit es insoweit als erforderlich angesehen wird, geht aus dem Informationsschreiben nicht hervor. Vor dem Hintergrund, dass Ihrem an die Eltern gerichteten Schreiben vom 08.09.2018 (Seite 3) zu entnehmen ist, dass das Selbstlernzentrum Ihrer Schule „schon immer nur Schülerinnen und Schülern vorbehalten gewesen (ist), die sich (bislang im Sekretariat) dafür registriert haben und sich über einen computerlesbaren Ausweis im SLZ eingeloggt und identifiziert haben“, ist dieser auch nicht ohne Weiteres nachvollziehbar. Darüber hinaus enthält das Schreiben keinerlei Informationen darüber, welche Konsequenzen sich hinsichtlich der Benutzung des Selbstlernzentrums ergeben, wenn die Einwilligung in die Verarbeitung der auf dem RFID-Chip gespeicherten personenbezogenen UID verweigert wird. Die in Ihrer Stellungnahme vom 24.09.2018 (Seite 6) als

selbstverständlich dargestellte Möglichkeit, „dass SLZ mit dem Schülerausweis zu nutzen, aber der Speicherung der Toilettendaten zu widersprechen“, findet hierin keine Erwähnung.

Kritisch sehe ich darüber hinaus, dass dem Informationsschreiben nicht konkret zu entnehmen ist, wann und in welchem Umfang ein Auslesen der Daten stattfindet. Die Angabe „im Missbrauchsfall“ ist insofern zu unbestimmt. Sie lässt vermuten, dass bei der Meldung einer unsachgemäßen Nutzung der Toiletten – sei es durch Verschmutzung oder beschädigende Handlungen – lediglich ausgelesen wird, wer die Toilette zuletzt benutzt hat, um eine Identifizierung des Verursachers zu ermöglichen. Der in Ihrer Stellungnahme vom 24.09.2018 angegebene Zweck des möglichen Auslesens der Toilettendaten, Zeugen zu ermitteln, die zur Aufklärung des Sachverhalts befragt werden können, geht jedoch deutlich hierüber hinaus. Abgesehen davon, dass der Kreis der Betroffenen sich insoweit nur schwer eingrenzen lässt, wird dieser Zweck im Informationsschreiben aus Juni 2018 gar nicht erwähnt.

Schließlich ist auch die Angabe zur Speicherdauer „wie zur Aufgabenerfüllung erforderlich“ zu unbestimmt, zumal Ihrer Stellungnahme vom 24.09.2018 (Seite 4) konkret zu entnehmen, dass das Programm so installiert ist, dass Daten ausschließlich bis 23.59 Uhr des gleichen Tages auslesbar seien, d.h. im Höchstfall 16,5 Stunden (von Öffnung der Toilette um 7.30 Uhr bis zum 23.59 Uhr des gleichen Tages) gespeichert würden.

2. Entscheidend sind im vorliegenden Fall jedoch die bestehenden erheblichen Zweifel an der für die Wirksamkeit einer Einwilligung erforderlichen Freiwilligkeit ihrer Erteilung.

Nach EG 42 DS-GVO sollte nur dann davon ausgegangen werden, dass die betroffene Person ihre Einwilligung freiwillig gegeben hat, wenn sie eine echte oder freie Wahl hat und somit in der Lage ist, die Einwilligung zu verweigern oder zurückzuziehen, ohne Nachteile zu erleiden. Um sicherzustellen, dass die Einwilligung freiwillig erfolgt, sollte diese gem. EG 43 DS-GVO darüber hinaus in besonderen Fällen, wenn zwischen der betroffenen Person und dem Verantwortlichen ein klares Ungleichgewicht besteht, insbesondere wenn es sich bei dem Verantwortlichen um eine Behörde handelt, und deshalb in Anbetracht aller Umstände in dem speziellen Fall unwahrscheinlich ist, dass die Einwilligung freiwillig gegeben wurde, keine gültige Rechtsgrundlage liefern.

Aufgrund des durch die Schulpflicht, die Leistungsbewertung oder die Möglichkeit der Sanktionierung nach § 53 SchulG bestehenden Ungleichgewichts zwischen den Protagonisten sind gerade im Schulbereich hohe Anforderungen an die Freiwilligkeit der Entscheidung zu stellen. Damit die Einwilligung eine zulässige Rechtsgrundlage liefert, muss in jedem Fall sichergestellt werden, dass sich die Betroffenen auch faktisch frei von sozialem Druck oder Zwang entscheiden können.

a) Dies ist nach meiner Beurteilung im Hinblick auf die Datenerhebung im Zusammenhang mit der Zutrittskontrolle zum Selbstlernzentrum ausgeschlossen. Die fehlende Möglichkeit des Zutritts und damit der Nutzung eines derart wichtigen pädagogischen Elements ohne erkennbare gleichwertige Alternative würde für die hieran interessierten Schülerinnen und Schüler der Oberstufe eine so erhebliche Einschränkung und Benachteiligung bedeuten, dass von einer freiwilligen Entscheidung nicht die Rede sein kann.

Darüber hinaus ist Ihrem Vortrag aber auch keinerlei Bedarf für die Verarbeitung der hier in Rede stehenden, auf dem RFID-Chip gespeicherten Daten zum Zwecke der Zugangskontrolle zum Selbstlernzentrum erkennbar. In Ihrer Stellungnahme vom 24.09.2018 (Seite 6) schildern Sie die vorherige, über Jahre erprobte Praxis, die gut funktioniert habe, nach der „Schülerinnen und Schüler, die den Nutzungsbedingungen zustimmen und damit Verantwortung für diesen Raum übernehmen, (...) ihn nutzen (dürfen) und bis jetzt dazu immer den Schlüssel im Sekretariat gegen ein Pfand ausleihen

(mussten)". Insofern ist nicht ersichtlich, inwieweit die Zutrittskontrolle zum Selbstlernzentrum mit Hilfe des RFID-Chips und der hiermit verbundenen Datenverarbeitung, die in gleicher Weise das Risiko birgt, dass die oder der Betroffene weiteren - nicht berechtigten - Personen Zutritt gewährt, gegenüber der bisherigen, in datenschutzrechtlicher Hinsicht weniger weitreichenden Lösung Vorteile bringt. Vielmehr stellt sich die, unter dem Aspekt des Beschäftigtendatenschutzes zu betrachtende, weitere Frage, auf welcher Rechtsgrundlage die entsprechenden Daten der Lehrerinnen und Lehrer, die ja dann ebenfalls nur mit Hilfe des RFID-Chips Zutritt zum Selbstlernzentrum erhalten, verarbeitet werden.

b) Aber auch im Zusammenhang mit der Zutrittskontrolle zu den Schultoiletten ist die Einwilligung keine wirksame Rechtsgrundlage für die hierbei erfolgende Erhebung personenbezogener Daten.

Insofern ist zunächst einmal zu beachten, dass eine geringe Anzahl von Personen, die nicht in diese Datenerhebung eingewilligt haben, ebenso wenig ein Kriterium für die Prüfung der datenschutzrechtlichen Zulässigkeit ist wie die Befürwortung der entsprechenden Maßnahme durch schulische Mitwirkungsorgane oder den Schulträger. Eine mehrheitliche Akzeptanz und die insoweit bestehende Gefahr eines „Gruppenzwangs“ sind genau wie der Anschein, im Fall der Nichteinwilligung in den „Generalverdacht“ zu geraten, „etwas zu verbergen zu haben“, gerade im schulischen Kontext vielmehr ein Indiz für den sozialen Druck, unter dem die Betroffenen stehen, ihre Einwilligung zu erteilen. Es ist sicherlich begrüßenswert, dass sich die Eltern an Ihrer Schule nach Ihrer Darstellung kritisch äußern dürfen und keine Nachteile zu erwarten haben, sollte ihre Meinung von der der Schulleitung abweichen. In den mir zugegangenen Eingaben bringen die betroffenen Eltern jedoch zum Ausdruck, sich aufgrund eines „objektiv gegebenen Gruppenzwangs“ unter Druck gesetzt zu fühlen bzw. gefühlt zu haben.

Sie legen in Ihrer Stellungnahme (Seiten 5, 7 und 8) dar, dass die Schülerinnen und Schüler bzw. ihre Eltern eine echte und freie Wahl haben, in die hier in Rede stehende Datenerhebung einzuwilligen, d.h. diese zu verweigern, ohne Nachteile zu erleiden. Der durchschnittliche Weg zu einer offenen und einer durch das Schließsystem geschützten Anlage sei im Neubau exakt gleich. Die geschützte Toilettenanlage auf dem Schulhof liege außerhalb des Schulgebäudes und damit weiter entfernt als die offenen Toilettenanlagen im Gebäude. Auch in der Pause könne eine offene Toilettenanlage jederzeit durch das Hineingehen ins Gebäude gleichschnell erreicht werden wie die geschützte Anlage. Insbesondere seien die nicht durch das Schließsystem geschützten Toiletten nach der zu Schuljahresbeginn erfolgten Instandsetzung als gleichwertig anzusehen. Sie seien auf dem gleichen Stand und würden gleich oft gereinigt.

Dem wird von den Petentinnen und Petenten entgegengehalten, dass die offenen Toiletten Ihrer Schule unzumutbar seien. Der Gestank sei trotz des Austausches des Toilettentopfes und Reinigung derselbe wie vorher. Da einzelne, nicht durch das Schließsystem geschützte Toiletten öfters verschlossen seien, weil sie nicht beaufsichtigt werden könnten, hätten Schülerinnen und Schüler, die nicht in die entsprechende Datenverarbeitung eingewilligt hätten, weniger Auswahl und mitunter weitere Wege zurückzulegen. Dies könne insbesondere in Klassenarbeits- und Klausursituationen zu einer Benachteiligung führen. Auch wenn ich die Situation aus meiner Position nicht abschließend beurteilen kann, zeigt der Vortrag der Petentinnen und Petenten, dass die Annahme einer freien Wahl und damit einer Freiwilligkeit im vorliegenden Fall nicht in jedem Fall als sichergestellt anzusehen ist.

Unabhängig davon stellt sich aber auch im Zusammenhang mit der Zutrittskontrolle zu den Schultoiletten die Frage, inwieweit im Hinblick auf die von Ihnen beabsichtigte Eindämmung von Vandalismus und Verschmutzung tatsächlich ein Bedarf für den Einsatz des RFID-Chips und der damit verbundenen Datenverarbeitung besteht. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass diese Art der Zugangskontrolle ebenfalls das Risiko birgt, dass die oder der Betroffene weiteren Personen Zugang gewährt oder sich eine Person mit Hilfe eines fremden Schülers ausweises Zutritt zu den Schultoiletten verschafft.

Ihrer Schilderung zufolge passieren während der Pausenzeiten erfahrungsgemäß keine Sachbeschädigungen, da in diesen Zeiten eine stichprobenartige Kontrolle durch die Lehrerinnen und Lehrer sowie eine ausreichende soziale Kontrolle durch die Mitbenutzenden stattfindet. Diese können bei entsprechenden Vorfällen – auch ohne Registrierung mit Hilfe der UID – als Zeugen dienen.

Aber auch zur Verhinderung von Sachbeschädigungen in Zeiten, in denen sich Schülerinnen und Schüler unbeobachtet fühlen, wie beispielsweise während der Unterrichtszeiten, besteht kein Bedarf für die in Rede stehende Datenerhebung. Wie Sie in Ihrer Stellungnahme vom 24.09.2018 (Seite 3) selbst ausführen, stehen für diese Zeiten, in denen nur einzelne Schülerinnen und Schüler nach entsprechender Abmeldung bei den unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrern die Toiletten aufsuchen dürften, nahe dem Lehrerzimmer und dem Haupttreppenhaus bzw. den Kunst- und Musikräumen eine ausreichende Anzahl von Toiletten zur Verfügung, bei denen aufgrund der dort stichprobenartig aufsichtführenden Lehrerinnen und Lehrer sowie der Vielzahl der vorbeikommenden Schülerinnen und Schüler eine gewisse Form sozialer Kontrolle während des gesamten Schultags gesichert sei. Alternativ bestünde zur Wahrung der schulischen Sicherungsinteressen aber auch die Möglichkeit, die Toilettenräume im Gebäude außerhalb der Pausenzeiten abzuschließen und den Schülerinnen und Schülern während der Unterrichtszeiten die Möglichkeit zu geben, einen Schlüssel für die Räumlichkeiten bei der unterrichtenden Lehrkraft zu entleihen.


Bei der nach Ihrer Darstellung während der Mittagspause, in den Freistunden und im Nachmittagsbereich für die sehr große Oberstufe wichtigen Nutzung der großen Toilettenanlage auf dem Schulhof ist aus meiner Sicht alleine aufgrund der Personenzahl eine ausreichende soziale Kontrolle gewährleistet, die Ihnen die Ermittlung etwaiger Verursacher von Beschädigungen und Verschmutzungen mit Hilfe von Zeugen auch ohne Auslesen der UID ermöglicht. Zur Verhinderung des Zutritts schulfremder Personen zu diesen Toiletten dürfte es ausreichend sein, diese mit Hilfe einer Zutrittssteuerung ohne Datenerhebung und -speicherung, beispielsweise durch einen Chip mit rein türöffnender Funktion, in datenschutzgerechter Weise zu sichern.“

Dementsprechend habe ich dem Schulleiter empfohlen, sowohl die Steuerung des Zutritts zum Selbstlernzentrum als auch zu den Schultoiletten der Schule mit Hilfe des RFID-Chips in den Schülerausweisen, die im Fall ihrer Benutzung mit einer Speicherung der UID verbunden ist, zu beenden und um Mitteilung gebeten, wie er verfahren ist. Darüber hinaus habe ich ihm angeboten, die Angelegenheit nochmals in einem persönlichen Gespräch zu erörtern.

Zur Frage der datenschutzrechtlichen Zulässigkeit der Videoüberwachung in den Eingangsbereichen der Schule erhalten Sie in Kürze eine gesonderte Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

gez. 

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf
Tel.: 0211-38424 
Fax: 0211-38424-10
E-Mail: referat-2@ldi.nrw.de<<mailto:referat-2@ldi.nrw.de>>

Internet: www.ldi.nrw.de<<http://www.ldi.nrw.de/>>

Allgemeiner Hinweis zur Erfüllung unserer Informationspflichten gemäß Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung: Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch die LDI finden Sie unter https://www.ldi.nrw.de/metanavi_Datenschutzerklaerung/Infopflicht-LDI.pdf.

Allgemeine E-Mailadresse: poststelle@ldi.nrw.de<<mailto:poststelle@ldi.nrw.de>>

Öffentlicher Schlüssel für allgemeine E-Mailadresse:

www.ldi.nrw.de/metanavi_Kontakt/key_ldi.asc<http://www.ldi.nrw.de/metanavi_Kontakt/key_ldi.asc>